Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8708**

14. Wahlperiode 27. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Jochen-Konrad Fromme, Reinhard Freiherr von Schorlemer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7786 –

Ausgleich für die nuklearen Entsorgungsstandorte Gorleben und Salzgitter (Schacht Konrad) in Niedersachsen und Morsleben in Sachsen-Anhalt

A. Problem

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/7786 soll die Bundesregierung aufgefordert werden unverzüglich mit den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und den Vertretern der jeweiligen Standorte Verhandlungen über einen finanziellen Ausgleich der Belastungen durch Entsorgungslager für atomare Abfälle aufzunehmen und sie bis zum 31. März 2002 erfolgreich abzuschließen. Zur Begründung wird u. a. angegeben, dass die Standortgemeinden für diese, für die Gesellschaft notwendigen, Einrichtungen erhebliche Infrastrukturanforderungen zu tragen hätten, der dafür notwendige Ausgleich an Steuern aber fehle.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Der Ausschuss ist mehrheitlich der Auffassung, die Zustimmung zu diesem Antrag könne als Vorwegnahme der Entscheidung zum Entsorgungsstandort verstanden werden. Zudem sei es Sache der Bundesländer, entsprechende Anträge zu stellen. Von daher lehne man den Antrag auf Drucksache 14/7786 ab.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Der Umfang der ggf. zu vergebenden Ausgleichsmittel wurde nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7786 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Horst Kubatschka
Berichterstatter

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

Winfried Hermann
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Horst Kubatschka, Kurt-Dieter Grill, Winfried Hermann, Birgit Homburger und Eva Bulling-Schröter

I.

Der Antrag auf Drucksache 14/7786 wurde in der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar 2002 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Haushaltsausschuss** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat auf eine Mitberatung verzichtet.

II.

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/7786 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, unverzüglich mit den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und den Vertretern der jeweiligen Standorte Verhandlungen über einen finanziellen Ausgleich der Belastungen durch Entsorgungslager für atomare Abfälle aufzunehmen und sie bis zum 31. März 2002 erfolgreich abzuschließen. Zur Begründung wird u. a. angegeben, dass die Standortgemeinden für diese, für die Gesellschaft notwendigen, Einrichtungen erhebliche Infrastrukturanforderungen zu tragen hätten, der dafür notwendige Ausgleich an Steuern aber fehle.

III.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 14/7786 in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde ausgeführt, in der Vergangenheit habe der Bund dem Land Niedersachsen und den Standortregionen, in denen sich Entsorgungsanlagen für nukleare Anlagen befänden, gewissermaßen einen Lastenausgleich gezahlt. Die letzte entsprechende Vereinbarung stamme aus dem Jahr 1990 und habe den Zeitraum bis zum Jahre 1996 umfasst. Insgesamt seien 6 × 15 Mio. DM in diesen Jahren zur Verfügung gestellt worden. Eine neue rotgrüne Mehrheit im Kreistag Lüchow-Dannenberg habe seit 1991 weitere Verhandlungen in dieser Sache strikt abgelehnt, obwohl der seinerzeit amtierende niedersächsische Ministerpräsident Schröder dies als falsch angesehen habe. Angesichts wachsender Probleme insbesondere im Zusammenhang mit entsprechenden Transporten fordere der Kreistag Lüchow-Dannenberg nunmehr seit zwei Jahren einmütig einen Entwicklungsfonds von Bund und Ländern. Die Fraktion der CDU/CSU unterstütze dieses Anliegen mit ihrem Antrag, zumal es hierfür im niedersächsischen Landtag eine weitgehend einvernehmliche Zustimmung gebe. Der geforderte Lastenausgleich für die Standortregionen nehme auch nicht die Entscheidung im Hinblick auf die Entsorgungsstandorte vorweg, sondern solle dazu beitragen, den durch die Entscheidung der Bundesregierung bewirkten Wegfall von 280 Arbeitsplätzen in dieser Region besser verkraften zu können. Gerade der Landkreis Lüchow-Dannenberg sei der Standort in Deutschland, der im Zusammenhang mit der nuklearen Entsorgung am meisten belastet sei. Die Frage der Berechtigung einer Forderung könne schließlich auch nicht davon abhängig gemacht werden, ob das betreffende Bundesland bereits entsprechende Anträge gestellt habe.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde vorgetragen, vom Land Niedersachsen sei in dieser Sache bislang kein Antrag an die Bundesregierung gestellt worden. Den nun von der CDU/CSU-Fraktion gestellten Antrag lehne man ab, da dies als Vorwegnahme der Entscheidungen verstanden werden könne, die auf Basis der Tätigkeit des Arbeitskreises „Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ zu treffen seien.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde dargelegt, in den letzten Jahren sei über pauschalierte Ausgleichszahlungen bereits relativ viel Geld in diese Regionen geflossen. Zudem sei es Sache des Landes, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Im Übrigen schließe man sich der Argumentation der Fraktion der SPD an und lehne daher den Antrag ebenfalls ab.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wurde festgestellt, man schließe sich der Argumentation der Fraktion der CDU/CSU an und werde dem Antrag zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wurde darauf hingewiesen, man selbst habe die Aufgabe und Rückführung der Projekte Gorleben und Schacht Konrad bereits in den Haushaltsberatungen gefordert. Dabei seien auch Gelder dafür beantragt worden, diesen Rückbau sozial abzufedern. Wenn es zu diesem Rückbau komme, sei dies sicher die beste Förderung für die Region. So, wie die Mittel jetzt beantragt würden, dienten sie eher dazu, die Akzeptanz dieser Anlagen zu befördern. Dies lehne man ab.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/7786 abzulehnen.

Berlin, den 27. März 2002

Horst Kubatschka
Berichterstatter

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

Winfried Hermann
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333